

Bruno Latours politische Ökologie als Beitrag zu einer reflexiven ökologischen Modernisierung

ALEJANDRO PELFINI

Die strikten, „modernen“ Unterscheidungen zwischen Wissenschaft und Politik, Natur und Gesellschaft, die, so Bruno Latour, auf absoluten Grenzziehungen und Praktiken der Reinigung beruhen, wird in der Praxis der ökologischen Modernisierung längst in Frage gestellt. Mit der so genannten „Ökonomisierung der Ökologie“ und der „Ökologisierung der Ökonomie“ wird einerseits die Agenda der Umweltpolitik durch die Einbeziehung alternativer Themen und Gesichtspunkte aus der Wirtschaftswelt und der Öffentlichkeit bereichert; andererseits werden in komplex pluralistischen Gesellschaften und im Rahmen der Entmächtigung des Staates die Verflechtungen zwischen Teilsystemen vielfältiger. So ist etwa in der deutschen Klimapolitik ein Konsensdreieck zwischen Bundesregierung, Wirtschaftsverbänden und Expertentum zu beobachten, das den spezifisch deutschen Weg des Wirtschaftswachstums durch technischen Fortschritt und staatliche Koordination reproduziert. Die enge Verbindung von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ist in dieser Art Techno-Korporatismus fest institutionalisiert und durch das Wissensmonopol der Wissenschaft legitimiert. Obwohl es ein Risikobewusstsein gibt und trotz großer Anstrengungen, das Wirtschaften nachhaltig und umweltfreundlich zu gestalten, ist dabei allerdings eine reflexive Haltung im Umgang mit der Natur und mit den Problemen und Folgen menschlichen Handelns kaum zu spüren.

Nach der Theorie reflexiver Modernisierung befinden wir uns in einer „zweiten Moderne“ (Ulrich Beck), in der sich die Gesellschaft nun mit sich selbst konfrontieren muss. Was ist unter den Bedingungen der ökologischen Modernisierung zu erwarten außer der Versöhnung von

Natur und Gesellschaft oder einer Einbeziehung der ersten Moderne in die zweite? Gibt es die „zweite Moderne“ wirklich oder leben wir noch in der Illusion der (ersten) Moderne, die eine absolute Trennung von Subjekten und Objekten proklamiert, obwohl Subjekte, Objekte, Wissenschaft, Gesellschaft und Natur in Wirklichkeit ineinander verflochten („entangled“ in Latours Worten) sind? Um die engen Verbindungen der ökologischen Modernisierung zu eruieren und transparent zu machen, die Vorherrschaft des Techno-Korporatismus zu relativieren und jedes Wissensmonopol in Frage zu stellen, bedarf es einer politischen Ökologie, die reflexive Modernisierung nicht nur als analytische Diagnose, sondern als politisches Projekt versteht. Es ist in den folgenden vier Punkten zu überprüfen, ob die Latour'sche Version der Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) zu einem solchen Projekt einen Beitrag leisten kann. Zunächst ist Latours Begriff der politischen Ökologie kurz zu erörtern. Dann ist auf das Wechselspiel von ANT und der Theorie reflexiver Modernisierung zu sprechen zu kommen. Die Wirklichkeit der ökologischen Modernisierung wird am Beispiel der deutschen Klimapolitik skizziert und schließlich werden beide Ansätze, die Politische Ökologie und die reflexive ökologische Modernisierung, als zwei Seiten eines kollektiven Lernprozesses begriffen.

Bruno Latours Begriff einer politischen Ökologie

Mittels eines ironischen und provokativen Schreibstils produziert Latour als origineller Denker permanent neu entdeckte Begriffe und Kategorien. Unter vielen z.T. eigenartig anmutenden Redewendungen und Metaphern finde ich zunächst insbesondere in dem Begriff der politischen Ökologie eine Möglichkeit, um die schon stattgefundene ökologische Modernisierung neu zu gestalten und zuletzt eine Anknüpfungsstelle, um die von Beck umrissene Theorie reflexiver Modernisierung zu radikalieren und zu subjektivieren (bzw. zu entmechanisieren oder zu entobjektivieren). Mit diesem Begriff bezeichnet Latour keineswegs die mühsamen Versuche, Wirtschaft mit ökologischen Gesichtspunkten zu färben, die Technik und den Markt zu zähmen, grüne Politik zu betreiben und Globalisierung und Wirtschaftswachstum gerecht und nachhaltig zu gestalten. Auch vertraut er nicht auf die Wissenschaft, die als Spiegel der Welt fungierte oder als legitime Instanz, die zu definieren vermochte, was zur Natur gehört, als Instanz also, welche die Natur auf der einen von den menschlichen Wesen und von der sozialen Welt auf der anderen Seite trennt. Latour stellt sich weder als Naturschützer noch

als Ökologe vor, sondern als jemand, der die Wissenschaft und die Politik bewundert.¹

Bei Latours politischer Ökologie geht es nicht einfach darum, Ökologie und Politik miteinander zu verbinden (dies wäre bloß Naturpolitik), sondern darum, beide Komponenten grundlegend zu überdenken, darum also

„dass durch die Einbeziehung der Geschichte und Soziologie der Gelehrtenrepublik die Grenzen zwischen Natur und Gesellschaft ein für allemal verwischt sind und man niemals mehr zu zwei unterschiedlichen Ensembles zurückkehren kann, d.h. zur Natur auf der einen Seite, zu den Repräsentationen, die sich die Menschen von ihr machen, auf der anderen“.²

Die politische Ökologie beschäftigt sich, so Latour, nicht mit der Natur und sie kann die Natur nicht bewahren. Sie beschäftigt sich dagegen mit der Bildung von Kollektiven, die Eigenschaften von menschlichen und nicht-menschlichen Wesen beinhalten und repräsentieren:

„Das Kollektiv der Kosmopolitik ist nicht das große Ganze, in dem menschliche Natur und nicht-soziale Natur sich endlich versöhnt, eingebunden und neu kombiniert fänden. Das Kollektiv wird im Laufe dieses Buchs [dem *Berliner Schlüssel*, A.P.] definiert werden als das, was gerade eine Versammlung von Natur und Gesellschaft verweigert.“³

Das Wechselspiel von Latours ANT und der Theorie reflexiver Modernisierung

Latours ANT und Becks Theorie reflexiver Modernisierung haben gemeinsame Interessen und Berührungspunkte, beide Autoren zitieren einander und sie scheuen auch die Diskussion nicht. So stimmen der „Konstruktivist“ Latour und der „Realist“ Beck bspw. in der Aussage überein, dass Reflexivität nicht bloß Reflexion heißt, sondern eine Selbstkonfrontation, die sich kognitiv außerdem als „Reflexion der Reflexion“ bezeichnen lässt. Sie muss allerdings vom Zuwachs an Erkenntnis und von der Konsolidierung des wissenschaftlichen Rationalitätsmo-

1 Vgl. dazu Bruno Latour: *Der Berliner Schlüssel. Erkundungen eines Liebhabers der Wissenschaften*, Berlin: Akademie-Verlag 1996.

2 Bruno Latour: *Das Parlament der Dinge*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2001, S. 54. Hervorhebung im Original.

3 Ebd. S. 81. Hervorhebung im Original.

nopols unterschieden werden.⁴ Alle Verfahren, Steuerungsmechanismen und Entscheidungsprozesse werden kritisch hinterfragt und müssen stets neu ausgehandelt werden. Reflexivität bedeutet nicht eine vollständige Selbstbeherrschung im Sinne eines hegelianisch vollzogenen Selbstbewusstseins oder eines anderen umfassenden Rationalitätsbegriffs. Ganz im Gegenteil signalisiert sie eine Bereitschaft zur Selbstkritik und zum vorsichtigen Umgang mit den Folgen menschlichen Handelns, keineswegs ein „increase of mastery and consciousness, but an heightened awareness that mastery is impossible and that control over actions is now seen as a complete modernist fiction“.⁵ Kein Heilsweg und keine traditionell bevorzugte Vorgehensweise, vor allem nicht diejenigen, die vom Rationalitätsmonopol der Wissenschaft abgesegnet wurden, können den Anspruch der Überlegenheit gegenüber rivalisierenden Lösungsvorschlägen und -strategien erhalten.⁶

Die Zuständigkeit der Institutionen, Grenzziehungen zu setzen, verschwindet dabei nicht. Im Gegenteil, sie wird im Rahmen der Komplexität und der zunehmenden Ungewissheit notwendiger als je zuvor. Was aber wirklich nicht unberührt bleibt, ist der Anspruch, solche Grenzziehungen als definitiv zu unterstellen. Die Definition und Setzung von Grenzen wird zum Gegenstand einer konfliktreichen Debatte, in der verschiedene Optionen auf Plausibilität und auf alternative Konsensbildung diskutiert werden. Treffend erklärt Latour die Bedeutung der „zweiten Moderne“ bzw. der reflexiven Modernisierung: „Second modernity is first modernity plus its externalities: everything that had been externalized as irrelevant or impossible to calculate is back in – with a ven-

-
- 4 Reflexivität sei nicht mit Selbstbezogenheit zu verwechseln: Stattdessen bestehe sie eigentlich aus einer kritischen Selbstreflexion, die im Bewusstsein der Ambivalenz, aber auch in ihrer Beseitigung und Aufhebung entstehe. Vgl. dazu Anthony Elliot: *Subjects to Ourselves. Social Theory, Psychoanalysis and Postmodernity*, Oxford: Blackwell 1996, S. 115-118.
 - 5 Bruno Latour: „Is Re-modernization Occuring – And If So, How to Prove It?“, in: *Theory, Culture and Society* 20, 2 (2003), S. 35-48, hier S. 36.
 - 6 „Das Ergebnis einer derartigen Rationalisierung zweiter Ordnung ist eine Situation, in der es keine ‚One-best-way-Lösung‘ mehr gibt, sondern eine Vielzahl gleichermaßen legitimer und erfolgreicher Vorgehensweisen. Die Entscheidung zwischen den alternativen Lösungsmöglichkeiten ist selbst nicht mehr mit wissenschaftlichen Methoden herbeizuführen, sondern erfolgt nach Maßgabe z.B. öffentlicher Anerkennung, persönlicher Erfahrung, ästhetischer Urteile, partizipativer Verfahren oder anderer nicht-wissenschaftlicher Kriterien.“ Ulrich Beck/Wolfgang Bonß/Christoph Lau: „Theorie reflexiver Modernisierung – Fragestellungen, Hypothesen, Forschungsprogramme“, in: Ulrich Beck/Wolfgang Bonß (Hg.), *Die Modernisierung der Moderne*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2001, S. 11-61, hier S. 35.

geance.“⁷ In Becks Worten habe die Industriegesellschaft mit der Verbreitung von Risiken ihre Unschuld verloren.

Wo liegen dann die Unterschiede zwischen beiden Theorien, wenn eine derartige grundsätzliche Übereinstimmung herrscht? Divergenzen zwischen ANT und der Theorie reflexiver Modernisierung finden sich in erkenntnistheoretischen Fragestellungen und in der Bewertung der Stellung der Soziologie in der Öffentlichkeit und innerhalb der Wissenschaften. Nach Beck ist die Verbreitung der Reflexivität und der Risikowahrnehmung objektiv und strukturell. Dies sei mit tiefen globalen Transformationen der gegenwärtigen Gesellschaft verbunden. Nach Latour hingegen hat sich nur etwas in der kollektiven Interpretation solcher Phänomene, aber nicht an den Phänomenen an sich geändert: „Something has changed in the relation between what the moderns had been doing without saying and what – for the last 10, 20 or 30 years – they now are explicitly saying.“⁸ In diesem Sinne bleibe Beck noch an „große Erzählungen“ bzw. „Metanarrative“ und zu eng an die klassische Soziologie und ihre Aufklärungsansprüche gebunden. Dies führe Beck zu der Grundannahme, der zu Folge die zweite Moderne schon stattgefunden hat, d.h. als objektive, strukturelle Prozesse, die von der Soziologie diagnostiziert worden sind. Im Gegenteil dazu ist Latour eher im Postmodernismus (oder in der „Amoderne“?) zu Hause. Er fühlt sich in einer sogenannten „post-Garfinkel“-Ära, in der die Soziologie nur einer unter anderen Fach- und Alltagsdiskursen ist, mit denen sie konkurrieren muss.

Becks Bild einer Risikogesellschaft ist für Latour noch zu sehr soziozentriert. Die Einbeziehung der Natur in die Gesellschaft scheint ihm nur als eine elegante Form der Naturpolitik. Gewiss beginnt paradoxerweise die Sorge um die Umwelt dann, wenn es keine fremde Umwelt mehr gibt. Aber ist diese Addition genügend, um Ökologie und Politik, Dingen und Menschen, Natur und Gesellschaft zusammenzufügen?

Die Wirklichkeit der ökologischen Modernisierung am Beispiel der deutschen Klimapolitik

Die Unterschiede zwischen beiden Ansätzen lassen sich in der Wirklichkeit der ökologischen Modernisierung deutlicher sehen. Ich möchte zunächst diese Modernisierung darstellen bevor ich sie dann im ab-

7 B. Latour: *Is Re-modernization Occurring?*, S. 37.

8 Ebd., S. 39. Im Original mit Hervorhebung.

schließenden 4. Punkt auf die Unterschiede zwischen den Ansätzen vom Beck und Latour beziehe.

Hauptdarsteller in der Inszenierung der Modernisierung sind Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Dabei wird die Natur von niemandem direkt repräsentiert, aber sie ist die letzte Referenz aller Diskurse und Handlungen. Unter dem Zauberwort „ökologische Modernisierung“ wird Umweltschutz mit bzw. durch statt trotz oder gegen Wirtschaftswachstum verstanden. In Zeiten der Ausbreitung einer Deregulierungs- und Privatisierungsideologie nimmt staatliches Handeln zunehmend einen interaktiven Charakter an, der zentralisierte und hierarchische Formen ersetzt und der eigenen Verantwortung und den Regulationskompetenzen der Akteure (insbesondere Unternehmen und Wirtschaftsverbände) eine wichtige Funktion beimisst. Ein offensichtliches Muster dieser Art ökologischer Modernisierung ist die deutsche Klimapolitik, zumindest in der Art und Weise, die zwischen 1995 und 2004 praktiziert wurde, d.h. vor der Einführung eines EU-weiten Emissionshandels.⁹ In diesem kurzen Zeitraum hat sich die Risikowahrnehmung bedeutend gesteigert und es wurden bemerkenswerte Anstrengungen zur Reduktion dieser nun verstärkt wahrgenommenen Risiken unternommen. Die Wirtschaftsakteure haben die wissenschaftlichen Erkenntnisse über den (vermeintlich oder tatsächlich) vom Menschen verursachten Klimawandel weitgehend unumstritten akzeptiert. Schon im Jahr 1995 waren sie bereit, die aktive umweltpolitische Rolle Deutschlands beim europäischen und globalen Klimaschutz zu unterstützen und dafür gewisse Anstrengungen zur Reduktion von CO₂-Emissionen zu unternehmen. Gesamtgesellschaftliches Anliegen zur Bewahrung eines öffentlichen Gutes wie dem des globalen Klimas bzw. der Erdatmosphäre wurden von den Industrieverbänden ernst genommen. Dies führte zu einer Zusammenarbeit mit der Bundesregierung mit dem Ziel, für die Wirtschaftsakteure angemessene Instrumente und Regulierungsmaßnahmen zum Klimaschutz zu finden.¹⁰

Allerdings zeigt sich bei einer genaueren Analyse der Kooperation zwischen Bundesregierung und Industrieverbänden deutlich, dass diese Risikowahrnehmung und die Anstrengungen trotz eigener Erfolge stark

9 Zur ausführlichen Analyse dieses Prozesses unter lerntheoretischen Gesichtspunkten vgl. Alejandro Pelfini: Kollektive Lernprozesse und Institutionenbildung. Die deutsche Klimapolitik auf dem Weg zur ökologischen Modernisierung, Berlin: Weißensee 2005.

10 Die Inkorporation der neuen Bundesländer in das wiedervereinigte Deutschland und der übliche technische Fortschritt haben gewiss zur Senkung der Emissionen beigetragen. Immerhin und aufgrund dieser Kombination günstiger Faktoren sind die zugesagten Ziele bald zu erreichen.

begrenzt sind. Gewiss nimmt die Akzeptanz des Klimawandels als gesellschaftliches Problem zu, jedoch ohne dass die Transformation des entsprechenden Politikfelds und der kognitiven und kulturellen Schemata der Hauptakteure entscheidend vorangetrieben werden würde. Weit entfernt von der Logik des Verursacherprinzips erscheint nur das Bewusstsein einer Mitverantwortung neben anderen relevanten Sektoren der Gesellschaft und die Überzeugung, dass die Unternehmer zur Klimapolitik selbst irgendwie beitragen müssen – selbstverständlich unter Ausschluss von schädlichen Belastungen des Standorts Deutschland. Im Hinblick auf eine Regulation des Wirtschaftshandelns wird dagegen keine alternative Vorstellung bzw. Diskussion forciert, die eine Revision des Umgangs mit diesem Problem und die Umorientierung des Wirtschaftens einfordern müsste. Entschädigungen und Verpflichtungen jenseits dessen, was der „normale technische Fortschritt“ ermöglicht und von dem, was das kurzfristige Kosten/Nutzen-Kalkül erträgt, kommen nicht in Frage. Dagegen wird mit der strategischen Interdependenz und Komplexität der Umweltprobleme sowie mit der geteilten Verantwortung bei ihrer Entstehung und Beseitigung argumentiert. Auf der Seite der Industrieverbände steht hinter diesem Appell eine Strategie mit einem doppelten Zweck: Einerseits wird auf diese Weise versucht, strenge Verpflichtungen und mögliche Schadenersatzforderungen zu verhindern; andererseits wird damit die direkte Verantwortung bei der Entstehung des Problems geleugnet.¹¹ Tragisches Ergebnis dieser Strategie ist, dass die Wahrnehmung eines neuen Problems auf eine schnelle technische Antwort trifft ohne die erkannten Ziele, Präferenzen und Überzeugungen, die zur Entstehung dieses Problems beigetragen haben, in Frage zu stellen. Nach dem Motto „Machbarkeit herrscht!“ wird die Entstehung von etwas wirklich Neuem erheblich behindert.

Die Hindernisse für diese mangelhafte Reflexivität bestehen m.E. aus zwei Faktoren, welche die bereits erkannten notwendigen Wege der Umweltpolitik, die korporative Interessenvermittlung und die Autonomie sozialer Teilsysteme verstärken: Zunächst die Geschlossenheit des Konsensdreiecks zwischen Bundesregierung, Wirtschaftsverbänden und Expertentum, das die spezifisch deutsche Entwicklung des Wirtschaftswachstums durch technischen Fortschritt und staatliche Koordination reproduziert.¹² Die enge Verbindung von Politik, Wirtschaft und Wissen-

11 Zur zunehmenden Erosion jeder Art von öffentlicher und privater Verantwortung im moralischen Diskurs und in der Sprache der Gegenwart siehe Pascal Bruckner: *La tentation de l'innocence*, Paris: Grasset 1995.

12 „Politische Entscheidungen werden durch den Diskurs der Sachkenner und deren Konsens legitimiert. Interessenkampf endet mit dem Sieg einer Partei, sachlicher Diskurs mit Konsens bringt jedoch den Sieg des Gemein-

schaft ist dabei fest institutionalisiert. Die Protagonisten dieser Form der Konsensbildung sind keine anderen als Staat, Industrieverbände und wissenschaftliche Institute und Experten. Die Politik richtet sich dabei auf Machbarkeit und Komplexitätsreduktion und die Wirtschaft auf die Sicherung ihrer technischen Überlegenheit und der Wettbewerbsfähigkeit. Als dritte Instanz erweist sich die wissenschaftliche Expertise in der Definition und Auswahl angemessener Problemlösungsmöglichkeiten als unverzichtbar.¹³ Durch die passende rechtliche Regulierung und durch die Definition eines neuesten „Standes von Wissenschaft und Technik“ gilt die Wissenschaft (noch immer) als objektive Instanz und als Hüterin und Repräsentantin der Wahrheit. Die Bildung dieses Konsensdreiecks hat zwar zum Wirtschaftswachstum und zur Konsolidierung des Sozialstaats in Deutschland beigetragen, aber um den Preis, die Entstehung von Reflexivität und Selbstkritik zu blockieren.¹⁴ Wenn die notwendige Kooperation eher die Form einer engen Mitarbeit annimmt, wird eine Zusammenarbeit auf der Basis von Dissens und Kompromiss verhindert. Damit sind die Institutionen und die Praktiken der Kon-

wohls [...]. Kultureller Hintergrund hierfür sind drei Faktoren: ein anthropozentrisches Naturverständnis, ein positivistisches Wissenschaftsverständnis und ein idealistisch-konsensuelles Gesellschaftsverständnis.“ Carsten Stark/ Christoph Peters: „Deutschland: Politik der Machtkartelle“, in: Richard Münch/Christian Lahusen (Hg.), *Regulative Demokratie. Politik der Luftreinhaltung in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den USA*, Frankfurt/Main: Campus 2000. Dazu auch Carsten Stark: *Die blockierte Demokratie. Kulturelle Grenzen der Politik im deutschen Immissionsschutz*, Baden-Baden: Nomos 1998.

- 13 Peter Weingart sieht eine enge Kopplung zwischen Wissenschaft und Politik im Rahmen der Wissensgesellschaft: „Mit der Kopplung wird die Wechselseitigkeit zweier Prozesse beschrieben: der Verwissenschaftlichung der Politik und der Politisierung der Wissenschaft. Die innere Klammer besteht in dem gegenläufigen Bezug der Problemlösungs- und Legitimationsfunktionen der Wissenschaft für die Politik einerseits und der Ressourcenabhängigkeit der Wissenschaft von der Politik andererseits.“ Anstatt einer Verwischung der Grenzen bezeichnet die Kopplung damit eine zunehmende Interaktion und einen Verlust der Distanz zwischen Wissenschaft und Politik. Peter Weingart: *Die Stunde der Wahrheit?*, Weilerswist: Velbrück 2001, S. 132.
- 14 Allerdings verhält sich das Expertentum weit entfernt von der idealistischen Vorstellung der freischwebenden Intelligenz (vgl. Karl Mannheim und Helmut Schelsky). „Hier ist indessen der Punkt, an dem die Schattenseite dieses Modells sichtbar werden. Die oligopolartige Organisation der Wissenschaften und ihre Repräsentation in einigen wenigen herausgehobenen Institutionen und Expertenkommissionen ersticken mögliche Kritik schon im Keime und blocken alternative Definitionen der Situation ab, die gegen die Definitionsmacht der etablierten Wissenschaften nicht ankommen.“ Richard Münch: *Risikopolitik*, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1996, S. 192.

sensdemokratie und des Korporatismus an ihre Grenzen gestoßen und zeigen sich dabei z.T. als reformunfähig.

Der zweite Hindernisfaktor für die Reflexivität ist die Neigung zum Techno-Korporatismus im Verständnis und in der Gestaltung der ökologischen Modernisierung.¹⁵ Dabei verstärkt das Dreieck zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft die Abschottung gegenüber jeder innovativen und alternativen Einstellung (vor allem gegen diejenigen, die zur Ingenieursmentalität nicht passen). In der Klimapolitik dient diese Kooperation der Konsolidierung der erkannten Wege und Kriterien der Machbarkeit, Sachlichkeit und technischen Überlegenheit. Laut der klassischen Strategie des Gattopardismus¹⁶ wird beim Techno-Korporatismus die Erzeugung neuer Probleme und Transformationen mittels kosmetischer Reformen vermieden. Der rationale und konsensuelle Prozess der Entscheidungsfindung wird der Konkurrenz zwischen verschiedenen Interpretationen und Sachverhalten vorgezogen. Eine Konkurrenz, die gewiss langwierig und unvorhersagbar ist, da sie gerade auf einem experimentellen Lernen und auf einer Entmonopolisierung des Wissens beruht.

Politische Ökologie und reflexive ökologische Modernisierung als kollektiver Lernprozess

So viel zur Wirklichkeit der ökologischen Modernisierung in Deutschland. Reflexiv ist in diesem Sinne die Klimapolitik nicht. Es wird zwar reflektiert über die Ursachen und Folgen wirtschaftlicher Handelns für die Erdatmosphäre. Es werden Risiken wahrgenommen, aber noch mit der modernistischen Illusion, als wären sie behandelbar und voraussehbar und in der Hoffnung, dass sie irgendwie unter Kontrolle gebracht

15 Technologische Innovationen zur Energieeinsparung bilden das einzige Mittel, das die Unternehmen als Vermeidung von CO₂-Emissionen anerkennen. Außer einer engen Zusammenarbeit mit der Wissenschaft schließen die Industrieverbände jede weitere Art von Konsensfindung, Kompromissen und Verhandlungen mit rivalisierenden oder alternativen Diskursen aus. Zum Techno-Korporatismus siehe Maarten Hajer: *The Politics of Environmental Discourse*, Oxford: Oxford University Press 1995.

16 Im Roman von Giuseppe Tomasi di Lampedusa „Il Gattopardo“ (der Pardelkatze – dt. Fassung: *Der Leopard*, München: Piper 1958, neue Übersetzung „Der Gattopardo“, München: Piper 2004) werden die Manöver des sizilianischen Adels dargestellt, um sich an den Wandel der Vereinigungszeit Italiens anzupassen, ohne damit ihre Privilegien aufs Spiel zu setzen. Die Kategorie „Gattopardismus“ bezeichnet denn ähnliche Prozesse in anderen Kontexten.

oder bestimmte emissionsstarke Aktivitäten an die neuen Bedingungen angepasst werden könnten. Die Wissenschaft könnte uns in diesem Fall ihre Gewissheiten und Prognosen weiter anbieten. Diese ökologische Modernisierung lässt sich mit Becks Worten als einfache Modernisierung bezeichnen, aber noch nicht, wie Beck meint als zweite oder reflexive. M.E. kommt man hier jedoch mit Latour weiter als mit Beck. Wie Latour betont, ist Reflexivität viel mehr als Risikowahrnehmung und Beachtung der Folgen der Nebenfolgen. Sie besteht aus dem Bewusstsein, dass eine absolute Beherrschung der Natur unmöglich ist. Es handelt sich hier nicht hauptsächlich um eine Verfeinerung von Kontrollen, sondern um ein radikales politisches Projekt der Infragestellung bisher erkannter Beziehungen zwischen Natur und Gesellschaft.

Anstelle der Adaptation an die Risiken des Klimawandels könnten wir Lernprozesse vollziehen, die einer Situation eines Kollektivs entsprechen,

„das der alten Lösung für die Frage nach seinem Außen (eine Natur, mehrere Kulturen) beraubt und nun gezwungen ist, das Experimentieren wieder aufzunehmen, ohne andere Garantie als die Qualität seines Lernprozesses [...]. Der Lernvertrag setzt nichts weiter voraus als die gemeinsame Unwissenheit von Regierenden und Regierten in der Situation des kollektiven Experimentierens.“¹⁷

Das Lernen ist eine zivilisatorische Aufgabe, in dem Maße, dass es die kriegerische durch eine zivile Version des öffentlichen Lebens ersetzt. Es ist nötig, die Assoziationen von Menschen und nicht-menschlichen Wesen zu entmilitarisieren und zu politisieren. Unter diesen Bedingungen lässt sich das Wort Kontroverse positiv bewerten und verwenden.

Mit der Hybridisierung des Verhältnisses von Gesellschaft und Natur zu einem Melting-pot sind gesellschaftliche Naturverhältnisse nicht im Voraus definiert, sondern sie müssen aktiv und variabel gestaltet werden. Es geht dabei unausweichlich um die Schaffung und Umsetzung von unterschiedlichen Formen, Prozessen und Praktiken gesellschaftlicher Regulation. Dies kann weder auf der Basis einer Unterordnung unter die vermuteten Anforderungen der Natur („ökologischer Fundamentalismus“) noch auf der Hoffnung nach erhaltener Resonanz im Rahmen einer ökologischen Kommunikation beruhen (Systemtheorie). Umweltprobleme werden ihrem Wesen nach zu Gesellschaftsproblemen, die nicht länger Monopol der Naturwissenschaften sind, sondern kulturell und politisch durch Verhandlungen, Kompromisse, Kooperation und

17 B. Latour: *Das Parlament der Dinge*, S. 292.

Übersetzungsprozesse zwischen den sozialen Teilsystemen definiert werden müssen.

Mit dem Erlöschen der Grenzziehungen und mit der Hybridisierung sehen die Institutionen ihre eigenen Grenzen und Dimensionen erweitert. Die Konsensbildung benötigt nun system- und bereichsübergreifende Vermittlungs- und Artikulationsfähigkeiten. Der institutionelle Anspruch an Autarkie und an exklusive Expertise, wie er beim systemischen Lernverständnis der Adaptation herrscht, wird damit unangemessen: Die Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren und Institutionen, die Anwendung von Modellen des „runden Tisches“ in Konsultation und Entscheidungstreffen sowie die zunehmende Forderung der Öffentlichkeit nach Transparenz erodieren solche Ideale. Mit steigendem Dissens gewinnt das Experimentieren und das Lernen durch Erfahrung anstelle des verbessernden Wiederholens schon erkannter Prozeduren und Antworten eine noch unerkannte Wichtigkeit.¹⁸

Im Gegensatz zu den Prinzipien einer „einfachen“ ökologischen Modernisierung sind Voraussetzungen einer politischen Ökologie, dass alle Akteure legitim in der Lage sind, zur Sprache zu kommen, dass Experimentieren als bevorzugtes Verfahren gilt und dass die Setzung von Grenzen und Unterscheidungen als eine instabile und prekäre Aufgabe der ganzen Öffentlichkeit betrachtet wird.

Besondere Eigenschaften, wie diejenigen einer zivilisierten politischen Kultur, bilden eine politische Ökologie¹⁹, die im Rahmen von Disputen und Kontroversen einer komplexen pluralistischen Gesellschaft entstehen könnten. Sie hat vor allem drei Prinzipien: Die Setzung von Grenzen und Unterscheidungen zwischen dem Innen und dem Außen von Gruppierungen und Institutionen als eine immer instabile und prekäre Aufgabe. Sie ist Gegenstand von Streit und Verhandlungen und sie fördert die Bereitschaft zur Achtung alternativer und bis daher vernachlässigter Positionen. Was ausgeschlossen und vernachlässigt bleibt, ist trotzdem nicht fest und definitiv verbannt, sondern kann in weiteren Kompromissen, Verhandlungen und mit der

18 „Voraussetzung dafür ist: Durch den Verlust vorgegebener Grenzen und daraus abgeleiteter ‚legitimer‘ Grenzziehungen geraten die Institutionen in Turbulenzen. Diesen Turbulenzen kann auf mindestens zweierlei Weise begegnet werden – entweder es wird die Herrschaft der alten Grenzen zu erneuern versucht, oder es beginnt ein Lernprozess der Institutionen, in dessen Verlauf reflexive Verfahren im Umgang mit Unsicherheit, Ungewissheit entwickelt und umgesetzt werden.“ U. Beck/W. Bonß/C. Lau: Theorie reflexiver Modernisierung, S. 39f.

19 Zur Geschichte dieser Kategorie siehe Peter-Cornelius Mayer-Tasch (Hg.), Politische Ökologie: Eine Einführung, Opladen: Leske und Budrich 1999. Vgl. auch Ivan Illich: Selbstbegrenzung, Reinbeck: Rowohlt 1975.

Erweiterung von Wahrnehmungsfähigkeiten in diese Gruppierungen und Institutionen wieder einbezogen werden. Genauso können zentrale Motive und Praktiken plötzlich ihren Stellenwert verlieren.

Alle Akteure und Betroffenen sind legitim in der Lage, zur Sprache zu kommen.²⁰ Diese zunehmende Einbeziehung und Beachtung von bis daher schweigenden Positionen und ungestellten Fragen ist direkt mit dem ersten Aspekt verwandt. Mit der politischen Ökologie werden vorher als außerhalb der Gesellschaft verstandene Phänomene immer mehr als gesellschaftliche Probleme internalisiert. Die Natur als Deponie aller unbeachteten Folgen, die sorglos externalisiert werden können, existiert kaum noch. Das Leitprinzip lautet dabei: Alle Propositionen müssen beachtet werden. Dieser in der Praxis unmöglich ganz zu verwirklichende Imperativ führt immerhin zu einer Komplexitätssteigerung, welche die gegenseitige Komplexitätsreduktion der Teilsysteme in gewissem Maße ausgleicht.

Das Experimentieren wird zum bevorzugten Verfahren.²¹ Die Verfolgung positiver Ergebnisse und das Ziel der Kooperation und der Artikulation zwischen Teilsystemen gegenüber dem Umweltrisiko kennen keinen Königsweg. Gegen die zunehmende Ungewissheit in Fragen der Natur und des Umweltrisikos besteht der einzige Pfad aus Versuch und Irrtum sowie aus einem konstanten Experimentieren, bei dem das positive Ende selten vorausgesehen wird und die Wege der Tradition und der Vergangenheit nicht absolut durch einen vermuteten Fortschritt überholbar sind. In komplex pluralistischen Gesellschaften müssen Ungewissheit und Kontroversen als Bestandteile akzeptiert werden. Das

20 Nach Bruno Latour „geht es nicht darum, den sozialen Konstruktivismus abzuwenden, sondern um etwas sehr viel Gewöhnlicheres, weniger Kriegerisches und weniger Definitives: zu vermeiden, dass unsere Gesprächspartner, indem sie von vornherein die Liste der Gegebenheiten beschränken, den Risiken ausweichen, die unsere geregelten Existenzen in Gefahr bringen. Formulieren wir diese erste Forderung als einen kategorischen Imperativ: Vereinfache nicht die Anzahl der in die Diskussion einzubeziehenden Propositionen.“ B. Latour: Das Parlament der Dinge, S. 142. Im Original mit Hervorhebung.

21 „Von den Wissenschaften wollen wir den Ausdruck Experiment übernehmen, um die Bewegung zu charakterisieren, durch die ein beliebiges Kollektiv in dieser Weise von einem vergangenen in einen zukünftigen Zustand und vom gesunden Menschenverstand in einen Common Sense übergeht [...]. Das Experiment besteht nämlich darin, wie es durch die Etymologie recht deutlich wird, eine Prüfung ‚zu durchlaufen‘, um daraus ‚hervorzukommen‘ und Lehren daraus zu ziehen.“ Ebd., S. 246. Ausführlicher dazu siehe den Beitrag von Matthias Groß in dem vorliegenden Band, in dem Latours Grundidee des kollektiven Experiments spezifiziert wird und ihre Nutzbarkeit für empirische Forschungen in der Umwelt- und Wissenschaftssoziologie überprüft wird.

Zentrum der Demokratie ist eine leere und offene Stelle,²² die in keiner Weise als unstrittig erscheint, sondern mittels Disputen und Kontroversen gestaltet werden muss.

Wenn man die Beck'sche Diagnose der Entstehung einer Risikogesellschaft und der reflexiven Modernisierung akzeptiert, haben wir nur die Bedingungen für die Entwicklung der Reflexivität bzw. „Remoderisierung“ geklärt. Diese werden nicht mechanisch verbreitet, sondern müssen politisch gestaltet werden. Mit einfachen Worten: Wir können etwas lernen, aber wir haben noch nicht viel gelernt. Laut Latour haben wir nicht die Wahl, uns für oder gegen die politische Ökologie zu entscheiden. In der Sprache der Moralphilosophie können wir auch mit Alasdair MacIntyre sagen, dass wir die neuzeitliche Illusion der Herrschaft und Autonomie verlassen und keine andere Wahl haben, als unsere Abhängigkeit von anderen Subjekten, Objekten und der Natur endlich anzuerkennen.²³

Literatur

- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1986.
- Beck, Ulrich/Bonß, Wolfgang/Lau, Christoph: „Theorie reflexiver Modernisierung – Fragestellungen, Hypothesen, Forschungsprogramme“, in: Beck, Ulrich/Bonß, Wolfgang (Hg.), Die Modernisierung der Moderne, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2001, S. 11-61.
- Bruckner, Pascal: La tentation de l'innocence, Paris: Grasset 1995.
- Elliot, Anthony: Subjects to Ourselves. Social Theory, Psychoanalysis and Postmodernity, Oxford: Blackwell 1996.
- Hajer, Maarten: The Politics of Environmental Discourse, Oxford: Oxford University Press 1995.
- Illich, Ivan: Selbstbegrenzung, Reinbeck: Rowohlt 1975.
- Latour, Bruno: Der Berliner Schlüssel. Erkundungen eines Liebhabers der Wissenschaften, Berlin: Akademie-Verlag 1996.
- Latour, Bruno: Das Parlament der Dinge, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2001.
- Latour, Bruno: „Is Re-modernization Occuring – And If So, How to Prove It?“, in: Theory, Culture and Society 20, 2 (2003), S. 35-48.
- Lefort, Claude: L'invention democratique, Paris: Fayard 1981.

22 Vgl. Claude Lefort: L'invention democratique, Paris: Fayard 1981.

23 Vgl. Alasdair MacIntyre: Die Anerkennung der Abhängigkeit, Hamburg: Rotbuch 2001.

- MacIntyre, Alasdair: Die Anerkennung der Abhängigkeit, Hamburg: Rotbuch 2001.
- Mayer-Tasch, Peter-Cornelius (Hg.), Politische Ökologie: eine Einführung, Opladen: Leske und Budrich 1999.
- Münch, Richard: Risikopolitik, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1996.
- Pelfini, Alejandro: Kollektive Lernprozesse und Institutionenbildung. Die deutsche Klimapolitik auf dem Weg zur ökologischen Modernisierung, Berlin: Weißensee 2005.
- Stark, Carsten: Die blockierte Demokratie. Kulturelle Grenzen der Politik im deutschen Immissionsschutz, Baden-Baden: Nomos 1998.
- Stark, Carsten/Peters, Christoph: „Deutschland: Politik der Machtkarte“, in: Münch, Richard/Lahusen, Christian (Hg.), Regulative Demokratie. Politik der Luftreinhaltung in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den USA, Frankfurt/Main: Campus 2000.
- Weingart, Peter: Die Stunde der Wahrheit?, Weilerwist: Velbrück 2001.